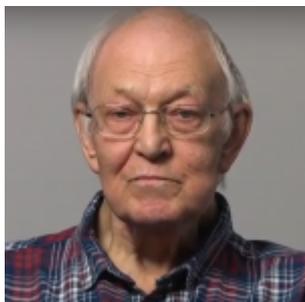


Wir haben Hitler nicht gewählt –



Wir haben Hitler nicht gewählt –

Interview mit unserem Bezirksverordneten Dr. Sergej Henke

Die Informationsagentur Russlands Eurasia (EADaily) verfolgt aufmerksam die innenpolitische Entwicklung in Deutschland. Ihre Redakteure entdeckten im Netz die persönliche Erklärung von Dr. Sergej Henke vor der BVV (Marzahn-Hellersdorf), deren russische Übersetzung auf dem Portal der Agentur platziert wurde. Die lebhafteste Reaktion der Nutzer veranlasste die Agentur, Dr. Sergej Henke um ein Interview zu bitten, welches auch für unsere Leser von Interesse sein kann. Wir bringen den Text des Interviews sowie die Antwort von Sergej Henke auf einen der typischen Kommentare dazu aus Deutschland.

Der Rußlanddeutsche Sergej Henke, ehemaliger Leiter des Deutsch-Russischen Hauses in Kaliningrad, ist im Frühjahr 2020 zum politischen Unruhestifter weit über die Stadtgrenzen Berlins, wo er als Kommunalpolitiker tätig ist, geworden. Als langjähriges Mitglied der CDU hat er überraschend für seine

Kollegen die CDU verlassen und ist in die AfD, die derzeit wichtigste deutsche Oppositionspartei, eingetreten. In einem Interview für EADaily erklärt er die Beweggründe für seine Entscheidung sowie seine Sicht der aktuellen politischen Situation in Deutschland.

– Herr Henke, wir wissen, für wie toxisch die politische Elite Ihres Landes die AfD hält. Deshalb die Frage: Haben Ihre ehemaligen Kollegen Sie bereits als Faschisten beschimpft?

Dieses Etikett verpassten mir nicht meine ehemaligen Parteikollegen, sondern mein langjähriger Freund, den ich vor 20 Jahren in Kaliningrad kennengelernt hatte.

– Wer ist das, wenn ich fragen darf?

Er war BMW-Manager und zu Beginn des Jahrhunderts Direktor der Montagefabrik in Kaliningrad. Ich leitete damals das Deutsch-Russische-Haus in der Stadt. Nach Kaliningrad haben wir an verschiedenen Orten in Russland zusammengearbeitet, darunter in Kineschma. In einer Fabrik, die einem Engländer gehörte und Ersatzteile für die Traditionsmarke Moskwitsch herstellte, gelang es lange Zeit nicht, ein halbwegs normales Verhältnis zwischen dem Management und der Belegschaft herzustellen. Man machte mir das Angebot, als Personalchef einzusteigen, das ich auch annahm. Mein Freund attestierte mir nun, dass ich ein „Brauner“ geworden sei, und brach die Beziehung zu mir ab.

– In Ihrem Land werden derartige Bezeichnungen inzwischen, nach unserer Beobachtung, extrem inflationär verwendet. Nahezu jeder, der von der „Generallinie der Partei“ abweicht, läuft Gefahr, als Faschist zu gelten. Umgekehrt werden Linksextremisten, die Polizeiautos niederbrennen, Antifaschisten genannt. Wer ist also was?

Um die Natur solcher Diffamierungen zu verstehen, ist es hilfreich, sich an die DDR des Jahres 1989 zu erinnern. Als der Staat bereits in den letzten Zügen lag, geriet die SED-Führung in Panik. Sie erklärte die Losung „Von der Sowjetunion

lernen heißt siegen lernen“ für obsolet und ersetzte sie durch das Motto „Sozialismus in den Farben der DDR“. Damit wollte man sagen, dass der DDR-Sozialismus dem sowjetischen überlegen sei. Zur Begründung hieß es, die Welt könne auf die DDR nicht verzichten, weil sie das verlässlichste Bollwerk gegen die „Gefahr von rechts“, sprich den „deutschen Imperialismus, Revanchismus und Faschismus“ sei. Man muss wissen, daß die Angst vor den Verbrechen der Nazis zu dieser Zeit nahezu die einzige moralische Ressource war, die dem Regime, so glaubte die SED, helfen könnte. Ein schlimmeres Kainsmalals „Faschist“ gibt es heute in Deutschland nicht. Diese ideologische Waffe wird eingesetzt, wenn man keine sachlichen Argumente mehr zur Verfügung hat.

– Wollen Sie damit sagen, dass sich die Geschichte in Deutschland wiederholt?

In gewisser Hinsicht schon. Was den heutigen Sozialdemokraten, aber auch allen anderen „etablierten Parteien“ heute am meisten Angst macht, ist der Verlust ihrer Mandate. Sie haben keine attraktiven Ideen mehr. Die CDU rückte in den letzten 5 Jahren weit nach links, indem sie auf ihre traditionellen Werte wie Familie, Ehe, Tradition, Herkunft, Patriotismus u. a. m. verzichtete. Die Große Koalition verabschiedete ein Gesetz, welches gleichgeschlechtliche und alle anderen Formen der Eheschließung legitimiert, das traditionelle Institut der Ehe aber entwertet. Für Angela Merkel stellt auch der Patriotismus heute keinen Wert mehr dar. Es ist heute nahezu unmöglich zu sagen: „Ich liebe meine Heimat“. Auf die entsprechende Frage hat der Ex-Bundespräsident seinerzeit geantwortet: „Lieben tu ich meine Frau“.

Nehmen wir ein weiteres Beispiel: Unser heutiger Bundespräsident hielt seine Rede in Yad Vashem aus Anlass des Jubiläums der Befreiung von Auschwitz auf Englisch. Als er gefragt wurde, warum nicht auf Deutsch, antwortete er, Deutsch sei die Sprache der Täter. Wie kann man das den einfachen Deutschen, den Busfahrern, Krankenschwestern, Polizisten,

Postzustellern erklären? 80 % der Deutschen beherrschen die englische Sprache nicht, und sie sind nicht gewillt, ihre deutsche Heimat aufzugeben. Die Heimat aber beginnt, wie es in einem bekannten sowjetischen Lied hieß, mit der Muttersprache, mit der Bibel. Ihnen aber werden immer wieder die Zwänge der Globalisierung vor Augen geführt. Die Geringschätzung aller Attribute der Nation kann man am besten durch die Szene illustrieren, in der Merkel vor allen Augen in einer Nachwahlveranstaltung die deutsche Fahne einem ihrer Getreuen entriss und wegwarf.

Die Regierung ist eifrig dabei, die Souveränität Deutschlands schrittweise auf die europäische Union zu übertragen. Die Bundesrepublik soll als Nationalstaat in der EU aufgehen. Das ist eine linke, absolut extremistische Position, die weder mit meiner Auffassung noch mit den früheren Werten der Christdemokraten vereinbar ist. Im Ergebnis haben wir auf der einen Seite einen übermächtigen linken Parteienblock, dem alle Parteien außer der AfD angehören, auf der gegenüberliegenden aber nur die AfD. Sie wird gefürchtet, weil sie von Wahl zu Wahl immer mehr Wähler anzieht. Diese Angst erklärt, warum die „etablierten Parteien“ sich gezwungen sehen, zu der von mir erwähnten ideologischen Waffe „Kampf gegen Rechts“ zu greifen.

– Wenn diese Parallele stichhaltig ist, muss man nicht vermuten, dass CDU und SPD das gleiche Schicksal erwartet, wie seinerzeit die SED?

Der Niedergang dieser Parteien ist eine durchaus reale Perspektive. Ich kann nicht voraussagen, ob und auf welche Weise das geschehen wird, denn solche Prognosen sind per se riskant.

– In der deutschen Presse tauchen in letzter Zeit regelmäßig Erklärungen der wiederstreitenden Parteien (Gerhard Schröder von der SPD, Waldemar Gerdt von der AfD, Alexander Neu von der Linken) auf, denen zufolge die Zeit reif sei, die Sanktionen gegen Russland aufzuheben und eine normale wirtschaftliche

Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern in die Wege zu leiten. Werden solche Vorschläge von der deutschen Gesellschaft mitgetragen?

Eine positive Antwort auf diese Frage würde ich erst nach den Wahlen zum Bundestag im nächsten Jahr für realistisch halten. Ich bin sicher, dass die AfD in einem Jahr noch mehr Wähler für sich gewinnen wird. Merkel wird gehen, und die neuen Entscheidungsträger werden wohl oder übel Vieles zu überdenken haben. Der Verzicht auf die antirussischen Sanktionen würde die heutige Spaltung zwischen der politischen Elite und einem großen Teil der Bevölkerung überwinden helfen. Ein beträchtliches Segment der deutschen Gesellschaft ist heute bereits gegen diese Sanktionen. Man versteht immer besser, dass sie für Deutschland nur Nachteile bringen. Nur ein relativ kleiner Kreis um Angela Merkel, die längst bewiesen hat, dass sie weder aus eigenen, noch aus fremden Fehlern zu lernen versteht, hält daran fest.

– Welche Fehler meinen Sie?

Auf Betreiben der Bundeskanzlerin musste das Land auf Atomstrom verzichten, was eine Energielücke aufriss, die heute durch Importe aus anderen Ländern (darunter Frankreich, dessen Strom zu 95% atomar gewonnen wird) ausgeglichen werden muss. Wie sinnvoll war es also, die eigenen Atomkraftwerke stillzulegen? Als das geschah und in großem Stil in erneuerbare Energiequellen investiert wurde, versprach man uns billigeren Strom. Das Gegenteil trat ein: Strom wurde um ein Vielfaches teurer. Merkel öffnete das Land für Wirtschaftsmigranten aus dem Nahen Osten und Afrika. Mir ist kein anderes Land bekannt, welches nicht nur auf die Kontrolle seiner Grenzen verzichtet, sondern das auch noch in alle Welt hinausposaunt.

– Wir unterhalten uns im Jahr der 75. Wiederkehr des Sieges über Hitlerdeutschland. Was bedeutet für Sie als Rußlanddeutscher dieses Datum?

Hier kann es keine Meinungsverschiedenheiten geben. Das war ein großer Sieg über einen grausamen Feind. Die heutigen Deutschen haben bereits akzeptiert, dass der 8. Mai ein Tag der Befreiung und nicht der Tag der Niederlage war. Wenn Sie nicht die Formulierung „für Sie als Rußlanddeutschen“ verwendet hätten, könnte man es bei dieser Aussage belassen. Doch für jemanden, der in der Sowjetunion zur Welt kam und bei Kriegsbeginn nach Kasachstan deportiert wurde – meine Eltern sprachen von einer Evakuierung – ist das alles nicht so eindeutig.

– Warum?

Weil meine Haltung zur Sowjetunion nicht frei von einer gewissen Verbitterung ist. Zu lange hat meine erste Heimat gezögert, die Rußlanddeutschen zu rehabilitieren. Der Krieg ging für sie erst viel später zu Ende, als für die Bürger Deutschlands. Lange nach dem Krieg mussten sie weiterhin in den Bergwerken der Trud-Armee schuften. Sie besaßen keine Bürgerrechte und durften nicht in ihre früheren Wohnorte zurückkehren. Dabei kämpften viele Rußlanddeutsche vom ersten Kriegstag an an der vordersten Front. Viele von ihnen schafften es, in den wenigen Monaten vor der Deportation die Auszeichnung „Held der Sowjetunion“ zu verdienen. Mir ist bewusst, dass angesichts der Naziverbrechen die Zahl derjenigen, die sich für das Schicksal meines kleinen Volkes interessieren, nicht allzu groß ist. Wir aber haben Hitler nicht gewählt. Heute sagen wir: „Was uns in der Sowjetunion angetan wurde, ist unser Beitrag zur Wiedergutmachung der deutschen Schuld.“

– In Fortsetzung des Themas „Sieg über den Faschismus“ möchte ich Sie fragen, warum die europäische Öffentlichkeit die Fälle des Staatsvandalismus in Polen und Tschechien – die Zerstörung der Denkmäler zu Ehren der sowjetischen Soldaten – nicht verurteilt?

Keine Frage, die Europäer hätten ihre Meinung dazu klarer zum

Ausdruck bringen sollen. Allerdings würde das die Bereitschaft voraussetzen, sich in die Sichtweise der russischen Bürger zu versetzen. Es ist viel einfacher zu sagen, uns geht das nichts an, das liege in der Kompetenz der jeweiligen Staaten. Allerdings darf man nicht vergessen, dass den osteuropäischen Völkern das politische System der Sowjetunion aufgezwungen wurde.

– Aber in Deutschland werden diese Denkmäler nicht abgerissen. Der ehemaligen DDR wurde das gleiche System aufgezwungen. Also könnten die Ostdeutschen eine ähnliche „Säuberung“ betreiben wollen.

Wir haben eine andere politische Kultur. Wir zerstören die Denkmäler nicht. Die Denkmäler sind Zeitzeugen der Geschichte. Sie sind nicht schuld daran, dass sich die politische Konjunktur verändert hat. Ich erinnere Sie an die Statue des Soldaten im Treptower Park, der ein Mädchen auf dem Arm hält. Dieses Denkmal gilt dem Andenken an die russischen Menschen, die Europa vom Faschismus befreiten, dem Andenken an den sowjetischen Soldaten, Ausdruck der Dankbarkeit gegenüber den Bürgern Ihres Landes.

– Sie sagten, dass die europäische Öffentlichkeit sich in die Sichtweise meiner Landsleute hineinversetzen sollte. Warum übernimmt die europäische Öffentlichkeit nicht die Sichtweise der Deutschen?

Leider wurde dem Ansehen der Bundesrepublik in den letzten Jahren beträchtlicher Schaden zugefügt. Die Zuwanderungspolitik Berlins war einer der Gründe für den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union. Die osteuropäischen Länder sehen das ähnlich.

Vielen Dank, Herr Henke.

Das Interview führte Andrej Vypolsow

Hier ein interessanter Beitrag auf youtube zu dem in der

Sergej Henke hat natürlich die Veröffentlichungen verfolgt und antwortet in einem Leserbrief auf die Anschuldigungen von Herrn Werner. Kaliningrad Domizil veröffentlicht den Brief so, wie er uns übersandt wurde, ergänzt durch Grafiken und Bildmaterial.

Sehr geehrter Herr Werner,

es gibt einiges, was ich zu Ihren Einlassungen im Zusammenhang mit meinem Interview sagen könnte.

1. Ich fange mit dem Etikett an, dass Sie mir verpasst haben. Hier sind Sie alles andere als originell. Das erste Mal war mir diese Ehre 1941 zuteil geworden, als Stalin aufgrund einer falschen Beschuldigung die deutsche Autonomie an der Wolga liquidiert und alle Rußlanddeutschen als Helfershelfer Nazideutschlands abgestempelt hatte. Ich war damals eineinhalb Jahre alt.

2. Im Spätsommer 1942 war ich mit knapper Not dem Tod durch die deutschen Stukas entkommen. Sie griffen die Station Surowikino unweit von Stalingrad an, wo außer einem Transport, der Rußlanddeutsche in die Deportation bringen sollte, keine anderen Ziele zu bombardieren waren. Einer der Piloten wollte nicht unverrichteter Dinge zurückfliegen, und machte sich deshalb einen Spaß daraus, auf fliehende Frauen und Kinder zu schießen. Er überflog uns dreimal, wobei etliche Familien aus unserem Dorf getötet wurden. Am Ziel meiner Reise angekommen, durfte ich fünf Jahre lang meine Kindheit in einer „Spezposelenije“ (Sondersiedlung) hinter Stacheldraht in Kasachstan genießen. Bei meinem Vater dauerte es noch länger. Der Krieg war für ihn erst 1949, und zwar im Keller der Lubjanka, zu Ende. 400.000 Rußlanddeutsche mussten sterben, weil in ihrem Pass ihre ethnische Herkunft vermerkt war. Diese Opfer waren unser Beitrag zur Wiedergutmachung der Verbrechen Ihrer Landsleute. Damit stehen Sie in meiner bzw. unserer Schuld, Herr Werner, vergessen Sie es nicht. Ich vermute, Sie wissen das alles, und reden dennoch so nassforsch daher. Im

Gegensatz zu mir haben Sie keinen einzigen richtigen „Faschisten“ gesehen. Wenn die AfD-Mitglieder Faschisten sind, dann sind Hitler, Goebbels, Himmler und ihre ganze Bande harmlose Gesellen. Ich werfe Ihnen damit vor, die Nazi-Vergangenheit Deutschlands zu verharmlosen, was in meinen Augen fast noch schlimmer ist als Höckes „Ausrutscher“. Von dessen „führende Rolle“ kann man übrigens heute nicht mehr reden, das ist mittlerweile der Schnee von gestern.

3. Und nun zu der Frage, wieviel Meinungsfreiheit es heute in Deutschland gibt. Es gibt sie, soviel steht fest. Nicht so viel wie in Rußland, aber es gibt sie. Man darf z. B ein kritisches Buch schreiben und danach versuchen, es der Öffentlichkeit zu präsentieren. Und das kann sogar gelingen, wenn Sie es schaffen, die Unterstützung der Polizei zu bekommen. Ohne Polizei hätte es z. B. Sarrazin vor kurzem nicht geschafft. Nicht viel anders erging es dem Chef der Bundespolizeigewerkschaft Rainer Wendt, der einen Vortrag über den Kontrollverlust im Bereich der Zuwanderung halten wollte, oder dem Professor an der Humboldt-Universität Jörg Baberowski oder dem FDP-Politiker Wolfgang Kubicki und vielen, vielen anderen, die von ihrem Recht gemäß Art. 5 unseres Grundgesetzes Gebrauch machen wollten. Die Polizei hilft allerdings nicht jedem. Wenn die Behörden Sie nicht mögen, werden Sie genug Geld haben müssen, um einen privaten Sicherheitsdienst zu engagieren. Ohne seine Hilfe riskieren Sie, sofern Sie sich dem Diktat des politisch-medialen Mainstreams nicht unterwerfen wollen, ein Opfer des linken Mobs zu werden.

Lassen Sie mich Ihnen ein Stück weit politische Bildung vermitteln. Die Meinungsfreiheit, die unser Grundgesetz meint, setzt die Bereitschaft voraus, nicht nur einfach eine andere, sondern auch eine konträre Meinung zu respektieren. Tun Sie das? Oder muss ich Sie an den berühmten Satz von Voltaire erinnern:

„Ich teile Ihre Ansicht, mein Herr, nicht, aber ich würde mein

Leben dafür geben, damit Sie sie weiter vertreten dürfen.“?

Oder an Rosa Luxemburg: „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden.“?

Soviel zur Meinungsfreiheit im Lande, in dem wir alle „gut und gerne leben“.

4. Zum Schluss nur noch Folgendes. Wir haben in Deutschland auch Neonazis, wer würde das abstreiten, aber ihr politischer Einfluss ist gleich Null. Viel gefährlicher sind andere, solche, wie der Grünen-Politiker Habeck, der sich anschickt, Deutschland zu regieren und zugleich sagt, dass er „die Vaterlandsliebe... zum Kotzen“ findet. Oder die Afghanin Miene Waziri, ehemalige Landessprecherin des grünen Jugendverbandes in Schleswig-Holstein, die sich mit Hitlers Wunsch, geäußert kurz vor seinem Tod, solidarisierte: „Ich wünschte, Deutschland wäre im Zweiten Weltkrieg vollständig zerbombt worden. Dieses Land verdient keine Existenzberechtigung.“

Könnte es sein, Herr Werner, dass Sie mit Ihrem Etikett daneben gegriffen haben?

Danke für die Aufmerksamkeit,

Sergej Henke,

Kommunalpolitiker in Berlin und ein „Faschist“ obendrein